

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei in 1917

Nr. 22.

Berlin, den 11. Februar 1917.

11. Jahrgang.

Mittwoch, den 14. Februar: Zahlabend in Groß-Berlin.

Und weiter Schlag auf Schlag!

Mit rücksichtsloser Konsequenz geht der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands weiter auf dem Wege, den er seit Jahresfrist eingeschlagen hat, um die Partei zu „reinjagen“ und die „Einheit“ herzustellen. Den „Gutachten“ des Parteiausschusses vom 18. Januar und der Spaltungsfanfane des Parteivorstandes folgten in den letzten Tagen die großen Taten. Und es ist kein bloßer Zufall, sondern tief begründet in der Wesenart der Erscheinungen, die den Weltkrieg jetzt noch mehr verschärfen und verbittern, daß die Zertrümmerungswut des Parteivorstandes auch zeitlich zusammenfällt mit der Proklamierung des verschärften U-Bootkrieges und ihren Folgen. Der Parteivorstand torpediert jetzt unbekümmert um Parteistatut und Parteiinteresse die Organisationen, um sich der Opposition zu entledigen. In Potsdam-Osthavelland wurde mit der Gründung einer Gegenorganisation der Anfang gemacht, in Groß-Berlin wurde die Arbeit fortgesetzt, in Sachsen arbeitet der Landesvorstand stramm nach den von der Berliner Zentrale ausgehenden Befehlen und bald wird man aus anderen Orten des Reiches von ähnlichen „Klärungs“-Maßnahmen hören.

Es ist jetzt wahrlich nicht mehr an der Zeit, sich darüber zu entrüsten und zu protestieren. Die Tatsache, daß die führenden Männer der deutschen Sozialdemokratie jetzt den Kriegsgrundsatz: „Gewalt geht vor Recht“ zur Richtschnur ihres Handelns gemacht haben, muß jetzt kühl und klar in die Rechnung der Opposition eingestellt werden. Der Parteivorstand wird taub sein gegen alle Hinweise auf das Parteistatut, er verfolgt gradlinig sein Ziel, sich eine Gefolgschaft zu sichern, die ihm auf dem kommenden Parteitag und bei der künftigen Abrechnung von allen Sünden freispricht und ihm seine Posten läßt. Daher jetzt das groß angelegte und planmäßig durchgeführte Kesseltreiben gegen die Opposition, die der Vorstands- und Fraktionsherrlichkeit so gefährlich ist.

Die Opposition wird wie ein räudiger Hund aus ihrem eigenen Hause herausgestoßen, sie wird heimatlos gemacht von Leuten, denen die Kriegskonjunktur formale Machtmittel in die Hände gespielt hat, die sie musterhaft anzuwenden verstehen.

Die Opposition kann jetzt nicht mehr darauf rechnen, innerhalb des Parteirahmens für ihre ehrliche Ueberzeugung zu wirken. Für sie gibt es nur drei Möglichkeiten: Entweder klein beizugeben und feierlich zu erklären, daß sie das „Gutachten“ des Parteiausschusses anerkennen und die Fraktions- und Vorstandspolitik als die alleinseligmachende anerkennen will, oder daß sie sich nach und nach in den Organisationen kaltstellen oder hinauswerfen läßt und zerrissen und zerstreut einen aussichtslosen Protestkampf führt, oder aber drittens, daß man nun das tut, wozu sie systematisch durch die Ereignisse hingedrängt wird; — daß sie alle die hinausgedrängten und versprengten Kräfte zusammenfaßt zu einem einheitlichen und geschlossenen Gebilde, in dem der alte proletarische Kampfesgeist der Sozialdemokratie, geläutert und gestählt durch die Kriegslehren und Kriegserfahrungen, lebendig ist.

Das einzige Mittel, die Gewaltpolitik und die Berechnungen der gegenwärtigen Machthaber in der sozialdemokratischen Partei zu Wasser zu machen, besteht darin, diese Leute zu Generälen ohne Soldaten zu machen, der deutschen Arbeiterschaft die Augen zu öffnen über die wahre Natur dieser Volksmänner, ihre Kriegspolitik und ihre Pläne für die kommende Friedenszeit aufzudecken und damit die Massen von ihren Fahnen fernzuhalten. Eine Auseinandersetzung auf ehrlich-demokratischem Wege macht der Parteivorstand durch die Gründung seiner Gegenorganisationen auf der einen und durch die Verdrängung der oppositionellen Genossen aus den Organisationen, deren Leitungen ihm noch ergeben sind, auf der andern Seite unmöglich. Es gibt jetzt gar keinen anderen Weg, die sozialdemokratische Bewegung Deutschlands aus dem Kriegsjumpfe herauszuführen und den Arbeitern das Vertrauen zum Sozialismus und zur Demokratie zu erhalten und einzulösen, als durch Zusammenschließung der Opposition zu politischer und organisatorischer Aktionsfähigkeit.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir jetzt über das Stadium der Auseinandersetzungen über Parteirecht und Parteistatut hinausgekommen

sind. Die Berufung auf diese Dinge macht den Parteivorstand in seinem kalt-entschlossenen Handeln nicht irre. Er gründet ruhig weiter seine neuen Wahlvereine, maßregelt draußlos, schwingt die Hungerpeitsche und kann sogar die Mauern des Zuchthauses mit in die Kalkulationen seiner Gewaltpolitik einbeziehen. Alle diese Dinge sind wohl von hervorragend agitatorischem Werte für die Opposition und es ist nur zu wünschen, daß sie recht gründlich ausgenutzt werden, aber damit allein ist die politische und organisatorische Aufgabe der Opposition nicht gelöst.

Gerade die Tatsache, daß der Weltkrieg in diesen Tagen in seine blutigste und erbittertste Periode eingetreten ist, daß der Kriegsbrand auch in Länder herüberzulodern droht, die bisher neutral waren, zwingt die sozialdemokratische Opposition, der Auseinandersetzung mit den Regierungssozialisten und Sozialimperialisten ein politisches Gepräge zu geben und dabei höhere Gesichtspunkte walten zu lassen, als das in der Beschränkung auf den inneren Parteizank möglich ist. Gerade in diesen Tagen muß der Arbeiterschaft klar und deutlich gezeigt werden, daß die Vertreter der Opposition nicht eine Bande verbissener Nörgler und verbohrtter Rechtshaber sind, sondern daß sie ihre sozialdemokratische Ueberzeugung auch in einer Organisation zu vertreten gewillt sind, die zu schaffen nach dem Vorgehen des Parteivorstandes nicht allein ein Gebot der Selbsterhaltung, sondern auch eine politische Demonstration ist, deren Fernwirkung nicht unterschätzt werden darf. Und wenn auch der Druck der Mächte des Belagerungszustandes in dieser neuen Kriegssphäre schwerer denn je auf uns lastet, wenn wir jetzt auch nicht unsere letzten Argumente ins Feld führen können, so viel steht fest: die feste organisatorische Zusammenfassung aller oppositionellen Elemente der deutschen Sozialdemokratie wird auf die sozialistischen Minderheiten und die kriegsfeindlichen Kreise des Auslandes nicht ohne Wirkung bleiben.

Aber noch ein anderer politischer Grund zwingt die Opposition, den Trennungsschnitt des Parteivorstandes als eine unabänderliche Kriegserklärung hinzunehmen und daraus auch organisatorisch ihre Konsequenzen zu ziehen. Die politischen Drahtzieher und Scharfmacher, die den Parteivorstand aufpeitschen und vorwärtstreiben, sind eifrig am Werk, die gewaltsame Spaltung zur Festlegung der Partei auf eine imperialistische Politik auszunutzen. Und da das mit den organisatorischen Sonderinteressen des Parteivorstandes zusammenfällt, wird die Sozialdemokratie nach Hinausdrängung der Opposition eine Partei sein, die wohl noch den alten Namen führt, aber von politischen Zielen und Organisationsgrundsätzen alles über Bord geworfen hat, was bis zum 4. August den Arbeitermassen gläubiges Vertrauen zur Sozialdemokratie einflößte. Es ist der Gipfel der inneren Unwahrhaftigkeit der Vorstandspolitiker und ihrer Trabanten, wenn sie in ihren Spaltungsaufen und in den Aufrufen zur Gründung ihrer Gegenorganisationen behaupten, sie

seien die Vertreter der alten Sozialdemokratie, sie wollten den Kampf gegen die Gegner führen, sie seien die allein zuverlässigen Führer für die kommenden Kämpfe. Und genau so unehrlich ist es, wenn der Vorstands-„Vorwärts“ in derselben Nummer, in der er über den Hinauswurf der Opposition in Sachsen berichtet, in Sperrdruck den Grundsatz verkündet: „Kein Mensch ist gehindert, in der sozialdemokratischen Partei das zu vertreten, was er für die richtige sozialistische Politik hält.“

Nein, die „richtige sozialistische Politik“, der jetzt durch die Spaltungsmaßnahmen freie Bahn geschaffen werden soll, hat mit den politischen Aufgaben der Sozialdemokratie nur noch den heuchlerisch gemißbrauchten Namen gemein. Worin diese „richtige“ Politik besteht, das wissen unsere Leser aus den Äußerungen des Sozialimperialisten Lensch, mit erfreulicher Deutlichkeit hat das aber der Abgeordnete Cohen in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ ausgeplaudert. Herr Cohen begrüßt da gleich Lensch das „befreiende“ Vorgehen des Parteivorstandes und erwartet davon eine „mitschaffende und aufbauende Gegenwartspolitik“. Und worin soll diese Politik bestehen? Unter Antufung des „echten Marxschen Geistes“ wird da verlangt, daß die Arbeiter sich zu den „Staatsnotwendigkeiten der europäischen Großmacht Deutschland“ bekennen sollen. Diese Staatsnotwendigkeiten schließen in sich ohne weiteres die Zustimmung zu allen Rüstungsforderungen und zur grundsätzlichen Annahme des Budgets, sie schließen in sich den Willen zur Machtpolitik und das Eintreten für ein großes und mächtiges Kolonialreich. All das aber soll erreicht werden dadurch, daß die Sozialdemokratie sich mit den andern bürgerlichen und kapitalistischen Parteien zusammenschließt und mit ihnen eine Arbeitsgemeinschaft bildet.

Es ist uns hier nicht möglich, die Konsequenzen dieses politischen Programms in allen Einzelheiten zu entwickeln und ihre Wirkungen auf das Los der Arbeiterklasse und die Forderungen der Demokratie und des Sozialismus aufzudecken. Auf dieses Programm soll aber die gereinigte und neuorientierte Sozialdemokratie festgelegt werden und die Spaltung und der Hinauswurf der Opposition soll den Weg dazu ebnen. Man sage nicht, daß das die Stimme eines einzelnen sei. Cohen konstatiert ausdrücklich und mit Recht, daß das die folgerichtige Fortsetzung der Politik des 4. August sei und er bemerkt mit Genugtuung, daß damit der endgültige Sieg der Anschauungen zu verzeichnen ist, die seit Jahren in den „Sozialistischen Monatsheften“ vertreten wurden. Und da die Gewerkschaftsführer sich unzählige Male zu der Politik des 4. August und ihrer Fortführung bekannt haben und zur Genüge feststeht, daß der Parteivorstand nur der politische Kommiss dieser Gewerkschaftsführer ist, so handelt es sich bei dem imperialistischen Programm Cohens nicht um die Schreibung irgendeines Beliebigen, sondern um die klar umschriebenen Richtlinien, die in Zukunft für die Partei, die sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nennt, aus-

schlaggebend sein sollen. Der Parteivorstand hat sich diese Richtlinien zu eigen gemacht, wie er bisher auch stets die Scharfmachereien, die aus Chemnitz, Stuttgart, Hamburg usw. an seine Adresse gelangten, oder die ihm ein Heine, Lensch u. a. vorlegten, nach mancherlei Winkelzügen mit Unterstützung des Parteiausschusses stets in die Tat umgesetzt hat.

Mit einer Partei, die sich solche politische Ziele steckt, kann die Opposition, deren wichtigster Grundsatz der von wirklich marxistischem Geiste getragene Satz ist: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“, nichts mehr gemein haben, weder politisch, noch nach dem neuesten Vorgehen des Parteivorstandes auch organisatorisch. Das Bekenntnis zu dem alten Parteiprogramm und zu den durch keine imperialistischen Wahngelbilde getrübbten Grundsätzen des Sozialismus und der Demokratie kann ihr kein Parteivorstand rauben, diesem Erbgut eine neue Stätte zu bereiten, ist jetzt ihre nächste Pflicht. Die Opposition kann den Parteivorstand mit seinen Anhängern ruhig in dem alten entvölkerten und zersprengten Parteigebäude allein lassen. Uneingeschränkte Anerkennung hat er nur bei denen gefunden, die bisher die erbittertsten Gegner der Sozialdemokratie waren. Konnte ihm doch u. a. die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ mit Genugtuung attestieren, daß seine „Klärungs“-arbeit in Berlin nur die Erfüllung einer „Lebensnotwendigkeit“ darstelle, die dieses alldeutsche kapitalistische Blatt schon seit Jahren immer wieder dargetan habe. Als Siegespreis im Kampfe gegen die Opposition trägt also der Parteivorstand die Anerkennung der einstigen Gegner von rechts davon. An uns ist es jetzt, zu zeigen, daß die alte, stürmerprobte Sozialdemokratie nicht erdrückt ist, sondern auch in einem neuen Gewande den Kampf weiterführen kann.

Die Forderung des Tages aber ist — und hiermit dienen wir dem Vorstands-„Vorwärts“ mit den gleichen Worten, mit denen er seinen letzten Sonntagartikel die „Klärung“ in Berlin begründet: „Den Führern der Parteierstörung muß die Erkenntnis beigebracht werden, daß sie die Massen nicht hinter sich haben!“

Aus den Wahlkreisen.

Zu zweiten Wahlkreise nahm eine Generalversammlung am Sonntag, den 4. Februar Stellung zu den neuesten Vorgängen in der Partei. Der Abgeordnete des Kreises hatte den Wunsch ausgesprochen, noch einmal vor den Mitgliedern seinen Standpunkt darlegen zu können. Dem sollte auch Rechnung getragen werden, durch Zuhilfenahme eines Korreferats an Fischer. In letzter Stunde muß sich F. aber besonnen haben, denn er kam nicht. Es erschien an dem Tage, an dem die Versammlung stattfinden sollte, im „Vorwärts“ eine Notiz, in der es hieß, „irrtümlich“ sei bekanntgegeben worden, Fischer solle in der Wahlvereinsversammlung reden; die Genossen, die zum Parteivorstand hielten, sollten sich vielmehr in der Lindenstraße 3 versammeln, um einen neuen Wahlverein zu gründen. Das ist denn auch geschehen. Otto Braun vom P.-B. hielt in seinem Jargon ein Referat und dann wurde der neue Wahlverein aus der Taufe ge-

hoben, mit all den Diskutierklublern, die man aufgetrieben hatte. Bemerkenswert ist, daß der Kassierer des Wahlvereins, Gustav Schmidt, zugleich als Kassierer gewählt wurde, und der nun sich weigert, dem eigentlichen Wahlverein die Materialien herauszugeben, was bei Schmidt nicht zu verwundern war.

Die Genossen des 2. Kreises haben ihre Generalversammlung abgehalten und im Sinne der Opposition ihre Beschlüsse gefaßt, die fest und unerschütterlich auf unserer festgewurzelten Überzeugung beruhen.

Die Genossen des 4. Kreises haben folgende Resolution beschlossen:

„Die am 29. Januar 1917 tagende Kreiskonferenz für sämtliche Funktionäre und Delegierte des 4. Berliner Reichstagswahlkreises erklärt: Das Vorgehen des Parteiausschusses und des Parteivorstandes ist ein Versuch, die Partei im Interesse der Angestellten und Durchhalter zu sprengen. Der Parteivorstand will damit erreichen, die Mitglieder der Opposition, welche die Aufrechterhaltung der Grundsätze und Kongreßbeschlüsse verlangen, sich vom Halse zu schaffen.“

Das Vorgehen des Parteivorstandes und seiner Helfershelfer ist nicht nur statutenwidrig, sondern ein brutaler Rechts- und Vertrauensbruch. Die Anwesenden fordern alle die in Deutschland auf den Boden der Opposition stehenden Genossen und Organisationen auf, innerhalb der Organisation, den sich von der sozialdemokratischen Partei immer mehr entfernenden Parteivorstand und seinen willfährigen Instanzen, die Maske vom Gesicht zu reißen, die Genossen aufzuklären und die alte revolutionäre Sozialdemokratie, welche nur allein die Welt erlösen kann, zu erhalten und trotzdem zum Siege zu führen.

Ferner stellten sich die Anwesenden auf dem Standpunkt der sozialdemokratischen Landtagsfraktion (alte Richtung), und forderten die Genossen auf, die imperialistische Fraktion Hirsch, Braun, Harnisch und Genossen, die kein Recht mehr haben, im Namen der Sozialdemokratie zu sprechen, nicht mehr anzuerkennen und sie rücksichtslos zu bekämpfen.“

Die Generalversammlung des 6. Kreises tagte am 2. Februar in den Bhrusfassen. Sie war von 425 Delegierten besucht. Nach einem Referat des Genossen Ledebour wurde in der sich anschließenden Diskussion das Einverständnis mit den Beschlüssen des Zentralvorstandes ausgesprochen. Ein Redner begründete eine Resolution, die den Abbruch der Beziehungen zum P.-B. und die Einberufung eines eigenen Parteitagess mit dem Ziel der Rekonstitutionierung der Partei forderte. Aus verschiedenen Gründen wurde diese Resolution abgelehnt. Ausdrücklich wurde aber einer Erklärung zugestimmt, nach der die Genossen sich mit der Einberufung und den Beschlüssen der Oppositionskonferenz einverstanden erklären. Gebrandmarkt wurde die partei- und organisationszerstörende Tätigkeit des P.-B. und seiner Helfershelfer sowie die Komödie Ernst-P.-B. Der Vorsitzende schloß die Versammlung unter allgemeiner Zustimmung mit der Versicherung: Wir bleiben, was wir waren, wir bleiben, was wir sind: internationale Sozialdemokraten, und werden uns in nichts in unserer Überzeugung irre machen lassen.

Aus Friedrichshagen wird uns berichtet: In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde der Bericht von der letzten Kreiskonferenz entgegengenommen. Dann folgten Ergänzungswahlen zum Vorstand. Auch hier ist der Kampf zwischen den Anhängern der Politik des 4. August und der Opposition entbrannt. Bisher hielten die ersteren im Vorstand die Mehrheit. An Stelle des Schriftführers, der seinen Posten niedergelegt, und an Stelle des Kassierers, der eingezogen ist, wurden der Genosse Wiedemann als Kassierer und Gen. Nawrocki als Schriftführer, beide Anhänger der Opposition, mit großer Mehrheit erwählt. Genosse Nawrocki erstattete sodann den Bericht von der Kreiskonferenz der Opposition. Er berichtete über die Ergebnisse der Tagung und gab die gefaßten Resolutionen bekannt, die darin gipfelten, daß sich die Opposition im ganzen Reiche zum Kampfe gegen das arbeiterverräterische Treiben, und gegen die unter dem Takt-

des Belagerungszustandes betriebene brutale Gewaltpolitik des Parteivorstandes und der gesamten Mehrheitsfraktion zusammenschließen soll. Er fordert die Genossen auf, überall im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken. Es entspann sich eine kurze Auseinandersetzung beider Richtungen. Nachdem die Genossin Schwarz auf den Lesesaal mit einem Referat der Genossin Ziet aufmerksam gemacht hatte, erging sich der Vorüberende, Genosse Kösterik in Ermahnungen für die Zukunft. Er erlaubte sich hierbei einige Anwürfe gegen die neugewählten Genossen, die überflüssig waren. Die Anhänger der Opposition werden sich dadurch in ihrem Kampfe gegen die Gewaltpolitik des Parteivorstandes nicht beeinflussen lassen.

Der Einbruch in unsere Parteioorganisation.

Der vom Parteivorstand proklamierte, von Eugen Ernst als Werkzeug ausgeführte Einbruch in unsere Berliner Parteioorganisation dürfte mit einer recht mageren Beute enden. Im zweiten Kreise hatte man vorsichtigerweise die Getreuen nach der Lindenstraße zusammengetrommelt. Ueber diese Zusammenkunft, die wir auch noch an anderer Stelle erwähnen, wird uns geschrieben:

„Mit einem Triumphgeschrei kündigt der „Vorwärts“ am 5. Februar an, daß die Gründung eines Parteivereins im 2. Kreise gelungen ist. Mit vollem Selbstbewußtsein wird verkündet, daß zirka 100 Anwesende zugegen waren. Ein Zufall hatte auch eine Anzahl „Nichtsozialdemokraten“ Gelegenheit gegeben, an dieser Veranstaltung teilzunehmen, welche neben einer Reihe Statisten den Versammlungsraum füllten. Daß die Versammlung für das Durchhalten eintrat, dem Herrn Fischer ihr Vertrauen aussprach, braucht ja nicht betont zu werden. Arbeiter, die ihr täglich Brot unter dem „Segen“ des Zivildienstgesetzes erwerben müssen, sah man sehr wenig. Interessant ist die Bemerkung im Vorwärts, daß sich viele nach der Lühnowstraße verlaufen hatten. Vielleicht waren auch die Genossinnen — es waren nicht zehn anwesend — verhindert, an der Versammlung teilzunehmen, da sie nach Kartoffeln, Kohlrüben oder Brot sehen mußten. Jedenfalls hätte ich zu bemängeln, daß man dem Kriegsernährungsamt keine Huldigung darbrachte. Ein Genosse machte den Vorschlag, nur „Ergänzungswahlen“ vorzunehmen, um zu beweisen, daß sie die „Alten“ seien. Außerdem ist zu beachten, daß der Druckfehler den Leuten einen Streich gespielt hat. Es heißt zum Schluß des Vorwärtsberichts: „Mit einem Ausruf zu intensiver Werbetätigkeit schloß der Vorsitzende die in größter Einmütigkeit (soll gewiß heißen: „Einmütigkeit“) verlaufene Versammlung.“

Im 6. Kreise

sollte am Dienstag, den 6. Februar die Gründung des neuen Wahlvereins vor sich gehen. Eingeladen war durch ein dem „Vorwärts“ beigelegtes Flugblatt, das folgenden Wortlaut hatte:

An die

Genossen des 6. Berliner Reichstagswahlkreises.

Werte Genossen und Genossinnen!

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht vor wichtigen Entscheidungen.

Die Wahlkreisorganisation des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises ist in ihrer offiziellen Stellungnahme aus dem Rahmen der Gesamtpartei Deutschlands ausgeschlossen und hat sich auf den Boden der

Arbeitsgemeinschaft gestellt. Die in der Partei organisierten Arbeiter, Angestellten und Gewerbetreibenden sind nicht gewillt, Anhänger einer Sondergruppe zu sein, sondern der gesunde Sinn der Arbeiterbewegung gebietet, nur innerhalb der Gesamtpartei Deutschlands als Mitglieder zu wirken.

Das Gebot der Stunde lautet: Jeder entscheide sich, wohin er gehört. Entweder Anhänger der Gesamtpartei zu sein und dadurch Anspruch auf die Grundsätze und Ziele der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu haben, oder sich abzusondern und als Anhänger der Arbeitsgemeinschaft oder Spartakusgruppe zu gelten.

Die Wahl eines wirklichen Sozialdemokraten kann nicht schwer sein. Nur im Rahmen des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die Zugehörigkeit zur Partei gegeben.

Nachdem die bisherige Kreisorganisation aus der Gesamtpartei ausgeschieden ist, sind wir gezwungen, dazu Stellung zu nehmen.

Die Leser des „Vorwärts“ haben den wahnwitzigen Vorkott gegen unser Parteiblatt nicht mitgemacht und die Unterzeichneten versuchen jetzt, dieselbe Entschlossenheit auch in der Organisationsfrage der Gesamtpartei gegenüber zu bekunden. Jeder Leser des „Vorwärts“ muß auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sein. Nur dadurch werden alle Zersplitterungsversuche unmöglich gemacht, und geschlossen können wir mit den Parteigenossen Deutschlands die schwierigen Aufgaben der Partei lösen helfen.

Zur Aufrechterhaltung unserer Organisation für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis laden wir alle Anhänger der Gesamtpartei, die sich mit den Maßnahmen des Parteivorstandes und Parteiaussschusses einverstanden erklären, zu einer Versammlung, welche am

Dienstag, den 6. Februar 1917, abends 8 Uhr,
bei Franke, Badstraße 19

stattfindet, ein, mit dem Ersuchen, nicht nur selbst zu erscheinen, sondern Gesinnungsgenossen mitzubringen.

Reichstagsabgeordneter Genosse Schöpflin wird über: „Die Aufgaben der Sozialdemokratie während und nach dem Kriege“ sprechen.

Durch Einheit und Geschlossenheit zum Ziel!

Mit Parteigruß!

- August Pattloch, Müllerstr. 160.
- Hermann Nieß, Buchstr. 5.
- Heinrich Umlauf, Pustkistr. 17.
- Paul Schmidt, Schönhauser Allee 57.
- Frau Busch, Rhinower Str. 2.
- Th. Fischer, Seelower Str. 3.
- G. Fuchs, Weddingstr. 5.
- W. Goldschmidt, Stolpische Str. 36.
- R. Heine, Kolberger Str. 11.
- G. Hoffmann, Ewinemünder Str. 47.
- A. Höppner, Veteranenstr. 26.
- A. Jänichen, Drontheimer Str. 25.
- R. Klose, Gleimstr. 19.
- H. Kressin, Wilhelmshavener Str. 10.
- D. Lüd, Föhler Str. 9.
- R. Nürnberg, Göhrener Str. 9.
- F. Rosenthal, Meyer Str. 19.
- Frau Schmitz, Bornholmer Str. 90.
- F. Seelbinder, Rhinower Str. 4.
- A. Schulze, Schönwalder Str. 5.
- L. Krasemann, Gramstr. 12.
- F. Höhnisch, Müllerstr. 34.
- Wolgaß, Watzstr. 9.
- A. Weiner, Wickestr. 23.
- Bitte, Müllerstr. 162a.
- E. Engel, Müllerstr. 30.

Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen!

Der Inhalt des Flugblattes charakterisiert sich als eine einzige Heuchelei der widerlichsten Art. Kennzeichnend sind höchstens die Namen der Unterzeichner des

Nachwerts. Unter unseren Genossen, die von diesem Aufruf Kenntnis erhielten, wirkte die Aufforderung, in unsere alte Organisation einzubrechen und sie in Trümmer zu schlagen, wie eine Provokation, und sie entschlossen sich, dem dreifachen Untersängen der Patiloch, Umlauf, Nieß, Theodor Fischer und Konsorten eine Paroli zu bieten. Gegen 200 Genossen fanden sich am Dienstag abend im Frankleschen Lokal ein. Der Einlaß wurde ihnen verweigert. Einige, die schon im Saale sich befanden und bekannt waren, wurden wieder hinauskomplimentiert. Und so spielten sich im Vorraum des Saales an der zum Eingang führenden Tür lebhafteste Kontroversen zwischen den Arranguren des Einbruchs und unseren Genossen ab. Patiloch forderte unsere Leute zum Verlassen des Lokals auf, eine Aufforderung, die mit lautem Hohngelächter beantwortet wurde. Das Drängen an der Tür war den Herrschaften beängstigend geworden und so wandten sie sich in ihrer Not an die Polizei um Hilfe. Ein Leutnant mit 7 Schutzleuten erschien, aber er mußte dem Ergenossen Patiloch erklären, daß er nichts tun könne. Der Vorraum gehöre nicht zum Saal und deshalb könne er unsere Genossen nicht hinausweisen. So nahm denn das Drängen und Würgen unter den Augen der Polizei seinen Fortgang. Die Polizei war anfälliger als die neuen Wahlvereiner. Und was belamen sie da zu hören, nicht zuletzt von unsern Genossinnen. Salonsprache war es wirklich nicht, die da geführt wurde. Die Erbitterung der Genossen und der Genossinnen stieg, nachdem bekannt geworden war, daß den Besuchern die Mitgliedsbücher unseres Wahlvereins abgenommen wurden. Leute, mit einem Funken Ehrgefühl wären vor Scham vor all den „Liebenswürdigkeiten“, die ihnen da gesagt worden sind, in die Erde gesunken. Aber nichts von alledem. Die Scham ist zu den Hunden entflohen. Inzwischen war es 9 Uhr geworden und wenn drinnen im Saale nicht begommen wurde, bestand die Gefahr, daß die Polizei Saal und Vorraum geschlossen hätte. Man begann deshalb die Versammlung in aller Eile. Das Referat ließ man ausfallen. Einer sagte sein Sprüchlein her und man wollte sofort konstituieren. Da meldete sich ein kleines Kerlchen zum Wort und zur Ueberraschung der Arranguren entpuppte sich der Redner als ein Anhänger der Opposition. Er las der Gesellschaft gehörig die Leviten. Man wollte aber schnell „handeln“, denn immer noch wogte an der Eingangstür der Kampf. So ernannte man schnell den Vorstand, um ebenso schnell die Versammlung zu schließen. Bei der Abstimmung zeigte sich, daß von den 57 im ganzen anwesenden Personen 8 gegen die Vorschläge stimmten, einige enthielten sich der Stimme. Was übrig blieb, bestand aus Speditoren, Gewerkschafts- und Krankenkassenangestellten und einigen Frauen derselben. Ein kläglicheres Resultat dieser ganzen Aktion in einem Riesenwahlkreis, wie im 6., ist wohl kaum denkbar. Gönnen wir ihnen noch einige Duzend Angestellte. Mit dieser „Masse“ werden die Schleppenräger der Politik des Parteivorstandes keine großen Geschäfte machen können.

Eines aber hat der erste Anstakt im 6. Kreise gelehrt. Unsere Genossen haben den Beweis geliefert, daß sie nicht mit sich spaken und daß sie mit ihrer Sache und ihrer Organisation nicht frevelhaftes Spiel treiben lassen und fest entschlossen sind, allen Zer-

störungsversuchen entgegenzutreten. Es war erfreulich, zu sehen, mit welcher Treue unsere Genossinnen und unsere Genossen an ihrer Organisation hängen. Sie werden es auch in Zukunft nicht zugeben, daß mit ihnen Schindluderei getrieben wird. Es hieße geradezu, den Namen eines Wilhelm Liebknecht schänden, der lange Jahre Vertreter des 6. Kreises war, eines Mannes, der auf dem Boden des Klassenkampfes stand und der ein internationaler Sozialist war, wie kaum ein anderer, am allerwenigsten derjenigen, die heute im Parteivorstand das Szepter führen.

Zur Proklamation des Parteivorstandes.

Nachdem der Parteiausschuß sein Gutachten erstatet und der Parteivorstand seine Proklamation: „An die Partei!“ hinausgeschickt hat, gehen die Parteivorstandsanhänger im Reiche an die „Arbeit“.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten für Schlesien und die, die es noch werden wollen, nämlich die Reichstagsabgeordneten, in Gemeinschaft mit den vier Bezirksleitungen erlassen einen gesonderten Aufruf gegen die Parteizensur, der mit folgenden hochtönenden Worten schließt:

„Wir geben nichts auf von den großen Zielen des Sozialismus und der Demokratie, aber wir stehen an der Seite des Volkes in den Tagen der Not, bis endlich der ersuchte Frieden kommt! Entscheide sich jeder, wohin er gehen will und dann: Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!“

Wir geben nichts auf von den großen Zielen des Sozialismus und der Demokratie! Man traut seinen Augen kaum, ob der Unehrllichkeit, die in diesen Worten liegt. Als ob sie nicht schon längst keine Gemeinschaft mehr hätten mit Sozialismus und Demokratie. Das unterschreiben natürlich Leute wie Hermann Müller vom Parteivorstand und Bauer von der Generalkommission. Bernstein hat nicht unterschrieben.

Der Bezirksvorstand für Nordbayern erläßt einen Aufruf an die Genossinnen und Genossen, in der er die herzliche und dringende Mahnung ausspricht, an der Einheit der Partei nicht zu rütteln. Es solle niemand „eine im Rahmen unserer Parteianschauungen mögliche Abweichung von den in der Partei herrschenden Auffassungen“ verübelt werden. „Aber im Geiste der in Nürnberg gefaßten Beschlüsse wollen wir alle darüber wachen, daß die Einheit der Organisation aufrecht erhalten werde, daß Sonderorganisationen von uns verurteilt werden.“

Deshalb ergeht an alle Genossen und Genossinnen in Nordbayern unsere Bitte, keinen Stein aus unserer stürmerproben Organisation auszubringen, sie unverändert, einheitlich und geschlossen zu erhalten und gegen jeden Versuch zu wirken, der eine Sonderorganisation anbahnen soll.

Wir gehen schweren Zeiten entgegen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden einer einheitlichen und kraftvollen Organisation in Zukunft noch mehr bedürfen, als in der Vergangenheit.

Deshalb mahnen und warnen und bitten wir die Parteigenossen und Genossinnen, an der Einheit unserer Organisation in Nordbayern nicht einmal einen Zweifel aufkommen zu lassen.

Wissen denn die Genossen in Nordbayern nicht, daß der Parteivorstand schon längst Sonderorganisationen gegründet und an der Zersplitterung der Partei planmäßig gearbeitet hat. Und was das Wichtigste ist, daß durch die vom B. V. geübte Politik der Rahmen einer sozialdemokratischen Partei längst verlassen worden ist.

In Sachsen erlassen verschiedene Vorstände von Reichstagswahlkreisen ähnliche im Sinne des Parteivorstandsauftrags gehaltene Aufrufe.

In Dresden hat man zunächst die Funktionäre der Gewerkschaften mobil gemacht, um die Genossen Fleißner und Schulze aus dem Landesvorstand

hinauszuerwerfen. Ein Gewerkschaftsfunktionär warnte vor diesem Schritte; die Opposition hätte unter den Arbeitern mehr Anhänger, als viele vermuteten. Fleißner ist inzwischen als Vorsitzender der Kleinen Zentrale abgesetzt worden.

Die Landesorganisation in Sachsen ist durch den Landesvorstand gesprengt worden. Der Landessekretär hatte zum 3. Februar eine außerordentliche Zusammenkunft der sächsischen Partei nach Dresden einberufen. In dem Einladungsschreiben war gesagt, daß nur die Teilnehmer eingeladen sind, die auf dem Boden der Einheit der Partei stehen. Es werde anbeimgestellt, auf eine Teilnahme zu verzichten, wenn die Teilnehmer auf dem Boden der Beschlüsse der Oppositionskonferenz stehen. Alle Bezirksvorstände waren erschienen. Sindermann, der Verfasser der Resolution des Parteiausschusses, verlangte von den Teilnehmern eine Erklärung, wie sie sich zu den Beschlüssen der Oppositionskonferenz stellen. Dem wurde widersprochen, da Sindermann hierzu nach den Bestimmungen der Landesorganisation gar kein Recht habe. Schließlich verließ Sindermann mit seinen Anhängern die Sitzung und setzte sie in einem anderen Zimmer fort, um nun allein die Führung der Geschäfte an sich zu reißen und die ihm nicht genehmen Vertreter auszuschalten.

Damit ist die Landesorganisation in Sachsen gesprengt, durch den Landesvorstand selbst. Die Genossen des 13. sächsischen Reichstagswahlkreises nahmen in einer Versammlung am 4. Februar zu dieser Sprengung Stellung und beschloffen:

„Nach dem Landesstatut der Sozialdemokratischen Partei Sachsens sind die einzelnen Bezirke beauftragt und wählen die Kreisorganisationen die Mitglieder der Bezirksvorstände. Dem Landesvorstand steht ein Einfluß auf die Wahl und die Zusammensetzung der Bezirksvorstände nicht zu. Die Mitglieder des Landesvorstandes werden von der Landesversammlung gewählt und steht nur dieser ein Recht zu, Mitglieder des Landesvorstandes ihres Amtes zu entheben.“

Nach dem Organisationsstatut der Partei sind die Parteimitglieder nur verpflichtet, die Beschlüsse ihrer Parteiorganisation (Kreis- oder Ortsvereine) und der Parteitage zu beachten und nur wegen beharrlicher Zuwiderhandlung gegen Beschlüsse dieser Organisationen kann das Ausschlußverfahren gegen Parteimitglieder eingeleitet werden.

Beschlüsse der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses haben für die Parteimitglieder keine bindende Kraft. Wir weisen deshalb die wiederholten Versuche des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, sich Rechte anzumane, die nur dem Parteitag zustehen und die Gesamtpartei auf die Fraktionspolitik vom 4. August 1914 festzulegen, sowie die Helferdienste des Landesvorstandes in dieser Richtung entschieden zurück.

Die Fraktionspolitik steht im unüberbrückbaren Gegensatz zu der bisherigen Auffassung der Sozialdemokratie und ihren Kongreßbeschlüssen. Die Mitgliederversammlung nimmt für sich das Recht in Anspruch, diese Fraktionspolitik als unsozialistisch zu bekämpfen und verpflichtet sich mit allen Kräften, die Partei auf der Boden sozialdemokratischer Grundsätze gemäß dem Parteiprogramm zurückzuführen.“

Am Sonntag, den 28. Januar, sind in Erfurt eine vom Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Organisation für den Regierungsbezirk Erfurt einberufene Konferenz mit den Kreisvorständen und Redakteuren der Parteipresse statt, in der nach erfolgter Aussprache über die gegenwärtigen Verhältnisse in der Partei folgende Entschliebung gefaßt wurde:

Der Beschluß, den am 18. Januar d. J. der Parteiausschuß gefaßt hat und die durch den Parteivorstand dazu veröffentlichte Erläuterung (Aufruf) stehen mit unserem Parteiorganisationsstatut und mit der bisher in der Partei geübten Praxis im Widerspruch und entbehren daher jeder rechtlichen Grundlage.

Die Entscheidung über die Frage, ob die Genossen,

die sich zur Opposition bekennen, durch die Abhaltung der Konferenz vom 7. Januar d. J. eine mit Ausschluß aus der Partei zu bestrafende Handlung begangen haben, steht nur dem ordentlichen Parteitag zu. Niemals können die Instanzen (Parteiausschuß und Vorstand) Ankläger und Richter in einer Person sein.

Jeder einzelne Parteigenosse hat das Recht, ja die Pflicht, im Sinne des Parteiprogramms, der nationalen und internationalen Kongreßbeschlüsse zu wirken und für ihre Durchführung Sorge zu tragen.

Die Konferenz beauftragt die Parteinstanzen, im Bezirke, Sonderorganisationen, die mit unserem Organisationsstatut im Widerspruch stehen, auf das Schärfste zu bekämpfen und streng nach dem Organisationsstatut zu verfahren. Eine Rücksicht, ob solche Sonderorganisationen sich zur Mehrheit oder Minderheitspolitik bekennen, darf nicht genommen werden, solange das gegenwärtige Organisationsstatut Gültigkeit hat. Die Konferenz betrachtet es als höchste Pflicht der Parteigenossen, jedwede Versuche, unsere Arbeiterbewegung durch Spaltung zu schwächen und zu zerstören, zu bekämpfen. Sie erwartet dabei die volle Unterstützung aller organisierten Parteigenossen, gleichfalls aber auch eine ununterbrochene Verbearbeitung für die Partei.

Schließlich erklärt die Konferenz: Jeder, der sich zur Sozialdemokratie bekennt, aber gegenwärtig seine Partei verläßt, weil ihm dies oder das nicht gefällt, schadet sich selbst und seinen Klassenossen. Denn nie war eine starke Organisation nötiger denn jetzt, darum hinein in die Organisation.

Die Bezirksleitung des Niederrheins faßte zu den Parteivorlären folgende Beschlüsse:

Die Bezirksleitung des Niederrheins lehnt es ab, die in der Resolution des Parteiausschusses unter Mitwirkung des Parteivorstandes geordneten organisatorischen Schritte zur Mäßregelung von oppositionell gestimmten Parteimitgliedern oder Parteiorganisationen einzuleiten.

Sie beharrt auf dem Boden der Parteieinheit, deren Aufrechterhaltung ihr auch in diesem Augenblick möglich und notwendig erscheint.

Sie spricht sich für gegenseitige Duldung und für Meinungsfreiheit in der Partei aus, zugleich erklärend, daß sie in der parlamentarischen Tätigkeit der Arbeitersgemeinschaft und ihrer Anhänger unter den Umständen, die der Krieg schafft, keinen Verstoß gegen die Grundsätze der Partei oder ihre Organisation erblickt.

Sie bestreitet dem Parteivorstande, dem Parteiausschuß oder anderen Parteikörperchaften außer dem Parteitag das Recht, Parteimitglieder oder Parteiorganisationen aus der Partei zu weisen oder als außerhalb der Partei stehend zu erklären.

Sie fordert die Parteigenossen und Parteigenossinnen des Bezirks auf, den Bruderkampf zu vermeiden und für die Hochhaltung der sozialistischen Grundsätze und die Ausbreitung der Partei nach Kräften zu wirken.

In der Sitzung des Parteiausschusses vom 18. Januar hat nach dem ausführlichen Bericht des Parteivorstandes, der Bezirkssekretär Genosse Haberland behauptet:

„Die Trennung der Partei ist durch die Opposition bereits durchgeführt, das könne er aus seiner niederrheinischen Erfahrung nur bestätigen. Er als Bezirkssekretär sei dort vollkommen ausgeschaltet, weil er zur Fraktionsmehrheit gehöre.“

Die Bezirksleitung des Niederrheins erklärt dazu, daß diese Behauptungen falsch sind. Weder ist die Trennung der Partei durch die Opposition am Niederrhein durchgeführt, noch ist Genosse Haberland ausgeschaltet, weil er zur Fraktionsmehrheit gehört; er versteht vielmehr alle Geschäfte eines Bezirkssekretärs in ständigem Zusammenwirken mit geschäftsführendem Ausschuß und gesamter Bezirksleitung. Die Ausführungen des Genossen Haberland im Parteiausschuß können, als gegen die Parteieinheit verstoßend, nur bedauert werden.

Wie sie lügen.

Es ist ein Trauerspiel, sehen zu müssen, wie die Parteivorstandstruppe mit den Mitteln der Entstellung und der Lüge ihren Kampf führt. Sie kann aber nicht anders, sachliche Gründe stehen den Leuten nicht zur Verfügung, sonst würden sie nicht zu dieser niedrigen Kampfweise greifen. Für heute nur zwei Beispiele. In dem Schreiben von Eugen Ernst an den Parteivorstand steht unter anderem folgender Satz zu lesen:

„Besonders hinweisen wollen wir noch auf die von den Organisationen zwar nicht beschlossene, von deren Leitung aber tatsächlich geübte Beitragsperre gegen den Parteivorstand. Sie steht im Widerspruch zu den Bestimmungen des Organisationsstatuts und erfolgt, obwohl verschiedene Berliner Wahlvereine über nicht unerhebliche Mittel verfügen. Sehr bezeichnend hierfür ist die Erklärung, welche der zweite Vorsitzende Groß-Berlins, Karl Leid, im sechsten Wahlkreis abgab, als ein Redner die Beitragsperre forderte:

So etwas tut man, aber sagt es nicht!“

Diese Behauptung Ernsts ist vollständig aus den Fingern gezogen. Genosse Leid — nach dem Schreiben von Ernst ist er nicht mehr Genosse — hat die Beitragsperre stets als ein ganz ungeeignetes Mittel bekämpft. Das muß Ernst wissen, weiß es auch. Denn in den von ihm herausgegebenen, von Emil Boeske firmierten „Groß-Berliner Mitteilungen“ war vor kurzem zu lesen, daß Genosse Leid die von Ernst zitierte Äußerung getan haben soll in Beziehung zu der von einem Genossen in der Kreisversammlung des 6. Wahlkreises gemachten kritischen Bemerkung über den in der Verbandsgeneralversammlung abgelehnten Antrag Luxemburg, der einen Zusammenschluß der oppositionellen Genossen im Reiche forderte. Das sieht aber Eugen Ernst nicht an, er schreibt frisch drauf los nach dem Rezept: Ists auch nicht wahr, so brauche ich das doch zu meinem Zwecke.

*

Schwindel Nr. 2.

Die letzte Nummer der „Groß-Berliner Mitteilungen“ erzählen im Schinderhannesstil folgende Geschichte. Geben wir sie im Wortlaut wieder, damit sie unsere Leser in ihrer ganzen — Niedertracht genießen können. Sie lautet:

„Nach Golde drängt,
am Gelde hängt

Doch alles! Ach wir Armen!“

„Ach wir Armen,“ klagt mit Gretchen die Geschäftsleitung der Partei der Arbeitsgemeinschaft in Berlin. Sie hat Grund dazu, denn die Ebbe in ihren Kassen ist chronisch geworden. Langsam sind sie fast völlig aufs Trockene geraten. „Die Hauptsache ist Geld in die Hände zu bekommen,“ diese Parole quält sie fortgesetzt. — Aber — wo hernehmen und nicht stehen?

Da plötzlich scheint das Glück ihnen hold zu sein. Es läuft von der Diskontobank der Kassen-

abchluß und Vermögensnachweis der preußischen Landeskommission ein, deren Kassierer der Genosse Boeske ist. Es war zwar ein Irrtum der Bank und jeder anständige Mensch pflegt Briefe, die nicht für ihn bestimmt sind, der richtigen Adresse zugänglich zu machen. Die Herren aber denken darüber anders. Von solchen Skrupeln sind sie nicht geplagt. Hier war ja endlich eine Gelegenheit, das aufs Trockene geratene Organisationschifflein wieder flott zu machen. Und da versiel man auf ein echtes Gaunerstückchen.

Die preußische Landeskommission hat zwar die Genossen Ernst, Boeske und Fischer weiter zu ihrem geschäftsführenden Ausschuß bestimmt. Sie hat es abgelehnt, die Hoffmann und Herbst als ihre Leitung anzuerkennen. Kein Funke einer Beziehung zwischen ihnen und der Kasse der preußischen Landesorganisation besteht. Das ist kein Hindernis. Die Hauptsache ist: Geld her!

Wozu haben wir denn den Vermögensnachweis in Händen? sagten die Herren sich. Wir sind ja die Nachfolger von Ernst, Boeske, Fischer in Berlin, was kümmern uns die Beschlüsse der preußischen Organisationsleitung — wir heben das Geld auf Grund des Vermögensnachweises und unserer Nachfolgerschaft in Berlin bis auf den letzten Pfennig ab.

Wohl ausgefemmen, Pater Lamormain,
Wär' der Gedank' nicht so verwünscht gescheit,
Man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen.

Die Verwaltung der Depositenkasse, der man das Ansuchen auf Auszahlung des Geldes stellte, hielt es mit der letzten Version. Sie war nicht dumm genug, auf diesen Gaunertrick hereinzufallen, und so zog man denn betrübten Sinnes wieder ab.

„Ach wir Armen.“

Was ist nun Wahrheit?

Der Bankkassierer steht mit der Diskontobank in geschäftlicher Beziehung. Im September schickt der Kassierer durch den Boten Geld zur Bank und stellt nach Rückkehr desselben fest, daß die Bank 100 Mk. als am 26. August abgehoben ins Kontobuch eingetragen hat. Daraufhin begab sich der Kassierer selber zur Bank, um Aufklärung zu erhalten. Dabei stellt sich heraus, daß die 100 Mk. irrtümlich dem Verbandskonto abgeschrieben worden sind, die Abhebung vielmehr auf ein Konto 7731 zu buchen sei. Eine spätere Mitteilung der Bank bezog sich auf die Höhe des Kontos, das mit der Höhe des Verbandskontos nicht im Einklang stand. Daraufhin ist der Verbandskassierer mit einem Zeugen nach der Bank gegangen, wo sich schließlich herausstellte, daß es sich um ein anderes Konto handelt, das auf den Namen Ernst, Boeske, Fischer lief, während das frühere Verbandskonto auf die Namen Boeske, Ernst, Fischer unter Umstellung der Namen geschrieben war. Daß noch ein Konto auf die drei Namen geführt wurde, war dem Kassierer gänzlich unbekannt. Nach dieser Aufklärung erhielt die Bank die Benachrichtigung ohne weiteres zurück,

die niemanden etwas nützen kann. Daß der Kassierer versucht haben soll, auf das ihm nicht gehörige Konto Geld abzuheben, ist ein hahnenbücherner Schwindel. Jedes Schulkind weiß heute schon, daß Bankgelder nur nach Abgabe der vorgeschriebenen Namensunterschriften erhoben werden können. Ein Gaunertrick ist lediglich die in den „Groß-Berliner Mitteilungen“ veröffentlichte Notiz.

Und solche Leute geben vor, für Recht und Wahrheit zu streiten!

Für die Bezirksführer.

Von einem im Felde stehenden Genossen geht uns folgende Mahnung an die Bezirksführer zu:

Der in der Nr. 17 des Mitteilungsblattes enthaltene Artikel gibt mir Veranlassung, als langjähriges Mitglied und Funktionär der Partei einiges dazu zu schreiben. Ich habe bis zu meiner Einberufung zum Heeresdienst im Juli 1916 die Funktion als Bezirksführer auch während der Kriegszeit ausgeübt, und weiß deshalb, daß jetzt gerade in der Zeit der Krise in der deutschen Sozialdemokratie die Gewandtheit und Umsicht der Funktionäre manches verhindern kann, was der Partei schädlich ist. Denn es ist nun mal so in unseren Wahlvereinen, daß die Träger der Organisation meist die Funktionäre sind, welche bei allen Gelegenheiten den Mitgliedern gegenüber das Karnickel sein müssen. Aber gerade deshalb sollte jeder Funktionär in der jetzigen Zeit den Kopf oben behalten, um mit Hilfe der noch tätigen Genossen die Bewegung hochzuhalten, und wenn möglich, die Abtrünnigen vor dem Austritt zu bewahren, denn nichts kann uns mehr schaden, als wenn die Mitglieder in Folge der jetzigen unheimlichen Verhältnisse der Organisation den Rücken lehnen, denn die gemeinsame Aussprache in den Zusammenkünften soll dazu dienen, die Meinungen zu klären. Darum erwarten denn auch die Mitglieder im Felde, daß die Dabeimgeliebenen alle Kraft einsehen, um der Vernunft zum Siege zu verhelfen, denn nichts ist unwahrer, als die Behauptung, die Feldgrauen seien Anhänger der von der Fraktionsmehrheit geübten Regierungspolitik. Wir an der Front, die wir ständig in der Gefahr schweben, unser Leben einzubüßen, erwarten von den Genossen in der Heimat, daß sie fest und treu unsere Sache führen. Also vorwärts für die Bewegung, damit das Schifflein in der Partei in den richtigen Hafen steuert.

Inzwischen hat der Parteivorstand seine Zersetzungsarbeit der Organisationen fortgesetzt. An unserer Ueberzeugung, daß nur der Sozialismus die Welt erlösen kann, wird daran nicht das Mindeste geändert.

Sonderorganisation in Ost-Havelland.

Im Kreis Ost-Havelland haben sich die Anhänger der Fraktionsmehrheit zu einer Sonderorganisation zusammengeschlossen. Sie haben einen „Sozialdemokratischen Wahlverein für den Wahlkreis Spandau-Ost-Havelland“ gegründet und in einer Resolution die Opposition verdonnert. Der neue Kreisvorstand besteht aus folgenden Personen:

1. Vorsitzender Emil Stahl-Spandau, stellvert. Vorsitzender August Lehmann-Marwitz, 1. Kassierer Wilhelm Pieper-Spandau, 2. Kassierer Robert Heinrich-Belten, als Schriftführer Arumnow-Belten; als Beisitzer Fielitz-Belten und Linz-Spandau. Zu Revisoren wurden Verlovsky-Kauen, Kroll-Potsdam und Seeburg-Kremmen, mit dem Mandat als Preßkommissionsmitglieder für die „Brandenburger Zeitung“ wurden

Finder-Belten, Lehmann-Marwitz und Schubert-Potsdam betraut.

Die Konferenz beschloß weiter zur Reichstagswahl dem von der Opposition aufgestellten Schriftsteller Dr. F. Mehring einen Arbeiterkandidaten, sog. Mehrheitskandidaten, gegenüberzustellen und wählte einstimmig den Kreisvorsitzenden, Gewerkschaftsangehörigen Emil Stahl-Spandau.

Die Reichstagswahl in Ost-Havelland ist auf den 13. März festgesetzt.

Zur Reichstagsersatzwahl in Ost-Havelland wird folgender Aufruf der Vertrauensmänner der konservativen Partei und des Bundes der Landwirte veröffentlicht:

„Der Krieg, den England und seine Helfershelfer, der Russe, Franzose und Italiener, uns aufgezwungen haben und den die Feinde mit schändlichen Mitteln führen, ist auf dem Höhepunkt angelangt. Jetzt weiß jeder Deutsche, daß es um nichts weniger als um unsere Ehre und um unser Dasein geht. In dieser unserer Schicksalsstunde, wollen die konservativen Männer des Reichstagswahlkreises Potsdam-Ost-Havelland-Spandau bei der bevorstehenden Ersatzwahl zum Reichstage den Burgfrieden wahren und auf die Auffstellung eines konservativen Bewerber verzichteten. Sie bitten jedoch alle Mitbürger und Kreisangehörige, gewissenhaft dafür zu sorgen, daß keine Stimme dem von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft aufgestellten Schriftsteller Mehring zufällt. Denn die neu entstandene Partei der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hat freisüchtig den Burgfrieden gebrochen und im Reichstage die Sitten gehaßt, die für unser Durchhalten und unseren Sieg erforderlichen Mittel zu verweigern. Darum, Ihr Männer von Potsdam-Ost-Havelland-Spandau, wählt keinesfalls Mehring!“

Die Regierungssozialisten werden also für ihren Kandidaten Sukkurs erhalten, ein Zeichen der Zeit!

Eine Glanzleistung des Vorstandes- „Vorwärts“.

Ueber die im 7. Berliner Gemeindevahlbezirk stattgefundene Stadtverordneten-Ersatzwahl, bei der Genosse Emil Eichhorn gewählt wurde, veröffentlicht der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom Dienstag, dem 6. November unter der Ueberschrift: „Eine seltene Stadtverordnetenwahl“ folgende Notiz:

„Unter dieser Ueberschrift lesen wir in bürgerlichen Blättern: „Im vorigen Jahre wurde der sozialdemokratische Redakteur Emil Eichhorn im 7. Berliner Gemeindevahlbezirk der dritten Abteilung mit rund 300 Stimmen zum Stadtverordneten gewählt. Die Wahl wurde für ungültig erklärt, weil E. nicht die Qualität eines Hausbesizers besaß. Vor acht Tagen fand eine zweite Wahl statt. E., der sich in Schurhaft befindet, teilte mit, daß er den Mißbrauch eines Hauses erworben habe. Bei dieser zweiten Wahl erhielt E. 170 gültige Stimmen, alle übrigen haben sich zersplittert oder sind ungültig. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. Nunmehr stellt sich heraus, daß E. gar nicht einmal Anwohner eines Hauses in Berlin ist. Er soll vielmehr nur Anwohner des Begräbnisplatzes des

Freireligiösen Gemeinde in Berlin sein, deren erster Vorsitzender der Abgeordnete Adolf Hoffmann (Berlin) ist. Aber auch dies trifft, wie eine Korrespondenz meldet, nicht zu. Im Grundbuch ist ein Redakteur Ernst Eichhorn (Berlin) als Aukzionier des freireligiösen Begräbnisplatzes an der Pappelallee kürzlich eingetragen, gewählt ist aber Emil Eichhorn. Der Stadtverordnetenversammlung wird nun vermutlich nichts anderes übrig bleiben, als zum zweiten Male diese Wahl für ungültig zu erklären.

Die „Stärke“ der Arbeitsgemeinschaftler liegt bekanntlich auf dem Gebiete der Doktrin und der ganz hohen Positiv. Dabei vermögen die Deutschen nicht mal einer so einfachen Sache, wie der Ordnung einer Stadtverordnetenlandidatur, Herr zu werden.“

Wie liegt die Sache nun in Wirklichkeit. Das Dreiklassenwahlrecht oder besser unrecht entrechtet die breite Masse der Bevölkerung auf das Schändlichste. Dazu kommt das Hausbesitzerprivileg, wonach die Hälfte der in jeder Klasse zu wählenden Stadtverordneten Hausbesitzer sein müssen. Die Arbeiterklasse leidet unter diesem Hausbesitzerprivileg am schwersten und in vielen Orten, wie früher in Neufölln und Lichtenberg, mußten oft Kandidaten aufgestellt werden, die der Qualität eines Hausbesitzers ermangelten. Das war auch bei der ersten Wahl im 7. Gemeindevahlbezirk der Fall. Eichhorn wurde gewählt, seine Wahl aber für ungültig erklärt, weil er nicht Hausbesitzer war. Eine Neuwahl mußte stattfinden. Inzwischen wurde dafür gesorgt, daß Eichhorn den erforderlichen Bedingungen entsprach. Eichhorn wurde auch in der 2. Wahl gewählt. Den Bestimmungen der Städteverordnung hat Eichhorn entsprochen und es beweist nur die Unstimmigkeit des Hausbesitzerprivilegs, wenn ihr so entsprochen wurde, wie es geschehen ist. Selbst Leute aus bürgerlichen Lagern erklärten in diesen Tagen, daß das heute noch geltende veraltete Gemeindevahlrecht gar nicht besser ad absurdum geführt werden könnte, als im vorliegenden Falle. Richtig ist, daß der Vorname Eichhorns in das Grundbuchregister falsch eingetragen worden ist, anstatt Emil ist Ernst eingetragen worden. Die Schuld hierfür trifft aber niemanden anders als den Grundbuchrichter, von dem die Eintragung bewirkt wird. Es ist sofort die Aenderung dieses Fretums beantragt worden. Eine weitere Neuwahl dürfte kaum stattfinden, es liegt gar kein Grund vor. Sollte sie aber wirklich erfolgen müssen, so hätten die mit der Durchführung der Wahl Beauftragten der Stadt sowie die Genossen nochmals neue Arbeit und Kosten zu tragen, für die einzig und allein der Grundbuchrichter schadenersatzpflichtig gemacht werden kann.

Anstatt der „Vorwärts“ die Gelegenheit benützt, erment die Unstimmigkeit und Ungerechtheit der Dreiklassenwahl in Verbindung mit dem Hausbesitzerprivileg darzutun und einem gerechten Wahlrecht das Wort zu reden, anstatt sich zu wenden gegen die aus diesem Wahlrecht sich ergebenden Entrechtung der breiten Masse der Bevölkerung, wipelt er über Arbeitsgemeinschaftler, „die nicht einmal einer so einfachen Sache, wie die Ordnung einer Stadtverordnetenlandidatur Herr zu werden vermögen.“ Und so etwas tut noch so, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten und ihr politische Rechte zu erkämpfen. In seinem blindwütigen

Haß gegen Alles, was nicht Parteivorstandsmeinung hat, arbeitet der neue „Vorwärts“ den Gegnern in die Hände, die das alte Wahlrecht aufrecht erhalten wollen. Es ist weit gekommen mit dem neuen „Vorwärts“.

*

Von anderer Seite wird uns mitgeteilt:

Der Fretum des Grundbuchrichters ist bereits richtig gestellt nach den notariellen Originalakten, in welchen richtig Emil Eichhorn eingetragen ist. Was „die einfache Sache einer Stadtverordnetenlandidatur“ betrifft, so werden auch die „Arbeitsgemeinschaftler“ derselben leichter Herr werden, sobald sie einen Millionär gefunden haben, der genügend Häuser für Stadtverordnete, die Hausbesitzer sein müssen, baut, und in besonderen Fällen nicht versagt.

Ursache und Wirkung.

Aus Kiel wird uns geschrieben:

In der schleswig-holsteinischen Volkszeitung, dem Organ für das arbeitende Volk, findet man in Nummer 22 vom 26. Januar folgenden herrlichen Erguß:

„Glücklich bist du zu preisen, Bethmann Hollweg, daß dir Großes zu tun möglich ist. Verstehe die Gunst der Stunde, und greife zu, greife zu und erlöse uns vom Uebel. Tu'st du's, so wird dein Name noch von Kindern und Kindeskindern gepriesen werden, als ein neuer St. Georg. Wer das Dreiklassenwahlrecht in Preußen beseitigt, leistet ebensoviel als ein Hindenburg!“

So zu lesen in dem „sozialdemokratischen“ Organ für die Provinz Schleswig-Holstein. Die Leser werden sich entsinnen, daß die Kieler Arbeiterschaft seinerzeit in 5 Versammlungen gegen eine derartige Schreibe Weise protestierte, daß ein der Preßkommission überreichter Protest circa 700 Unterschriften auf sich vereinigte. Jetzt hören wir, daß eine Vertrauensmännerversammlung der Metallarbeiter der Germaniaerbst beschlossen hat, in Zukunft die Anzeigen von Versammlungen neben der Volkszeitung auch in der bürgerlichen Presse zu veröffentlichen, denn man könne die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung nicht mehr als das Organ der arbeitenden Klasse betrachten, und keinem zumuten, ein derartiges Organ zu abonnieren. So bedauerlich es ist, daß die Arbeiterschaft es vorzieht, ein bürgerliches Organ zu unterstützen, so begreiflich ist es. Von einem bürgerlichen Blatt kann man schließlich nicht verlangen, daß es in sozialdemokratischem Sinne schreibt, schillert ein Arbeiterblatt aber in den herrlichsten Farben des Nationalismus, so widert das an.

Zweiter Wahlkreis.

Parteigenossinnen und Genossen!

Am Sonntag, den 4. d. M., genau zur gleichen Stunde, als wir unsere Generalversammlung abhielten, hat sich in unserem Kreise die „Klärung“ vollzogen, die Eugen Ernst in seinem bekannten Brief an den Parteivorstand als so dringend notwendig hingestellt hatte. Daß unser Kreis als erster dazu auserkoren wurde, liegt jedenfalls daran, daß er zwei solcher Parteigrößen in seiner Mitte birgt wie Rich. Fischer und Eugen Ernst.

Parteigenossen! Der Bruch ist vollzogen gegen unseren Willen, vollzogen unter Bedingungen, die man unter Genossen, die ein halbes Menschenalter und zum Teil noch länger Schulter an Schulter miteinander gekämpft, für undenkbar gehalten haben sollte. Der neuen Tatsache gilt es, klar ins

Auge zu sehen. Der Bruch, von uns nicht gewollt, ist da. Die Art und Weise, wie man den Raub unseres Eigentums zu bemänteln sucht, erinnert nur allzusehr an die bekannten Strauchritter- und Wege-lagererpraktiken, und muß bei jedem nur halbwegs anständig denkenden Menschen ein Gefühl des Ekels hervorrufen, das kaum mehr übertroffen werden kann.

Für uns, die wir weiterhin treu zur Fahne des Sozialismus halten, die Parteivorstand und Fraktion so schmachlich mit Füßen getreten haben, gilt es nun, um so enger sich zusammenzuschließen und nicht zu erlahmen in unseren Bemühungen, uns unsere Mitglieder zu erhalten und neue hinzuzuworben. Wir fürchten die neue Sonderorganisation wahrlich nicht, wollen sie aber auch nicht unter schätzen, und stets wachsam und auf der Hut sein.

Die Adresse unseres neuen Kassierers wird auf dem nächsten Zahlabend bekannt gegeben werden. Mit diesem werden unsere Abteilungskassierer alsdann abzurechnen haben. Gustav Schmidt, Baerwaldstr. 42, ist unser Kassierer nicht mehr.

Im übrigen bleibt unsere Organisation unverändert bestehen, bis auf die 5. Abteilung, in der eine Neuregelung notwendig ist und demnächst erfolgen wird. Die Genossen dieser Abteilung wollen sich inzwischen an den nächstgelegenen Veranstaltungen beteiligen.

Am Mittwoch, den 14. d. M., halten gemeinsamen Zahlabend:

1. und 2. Abteilung: Victoriabrauerei, Lüchowstraße 111;

3. Abteilung bei Rathmann, Wilhelmstr. 118;

4. Abteilung bei Schirm, Charlottenstr. 8;

6. Abteilung bei Maack, Bergmannstr. 97;

7. Abteilung bei Kieble, Plan-Ufer 75/76.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Die österreichischen Genossinnen für den Frieden.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den Frieden gestaltete sich die Versammlung Wiener Genossinnen, die am 21. Januar unter dem Vorsitz der Genossinnen Bötzler und Probst im Verbandsheim stattfand. Wohl tausend Frauen waren zusammengekommen, um ernst und feierlich ihren Friedenswillen kundzugeben. Während der Ausführungen der beiden Referentinnen, der Genossinnen Popp und Schlesinger kam es zu stürmischen Kundgebungen, so daß die Rednerinnen innehalten mußten. Mit Begeisterung wurde das Begrüßungsschreiben der Genossin Zetkin, der internationalen Sekretärin sozialistischer Frauen, aufgenommen, wie das der holländischen Frauen und die Kundgebungen der englischen und irischen Frauen an die englische Regierung.

Genossin Popp beantragte, die Kundgebungen der Sozialistinnen des Auslandes mit einem Schreiben zu beantworten und schloß ihre Ausführungen mit einer Aufforderung an die Regierung, alles zu tun, was

den Frieden näher bringe. Das Schreiben an die sozialistischen Frauen lautet:

„Mit hoher Freude nimmt die am 21. Januar 1917 in Wien tagende Frauenversammlung Kenntnis von dem erhebenden Schreiben der internationalen Sekretärin sozialistischer Frauen aller Länder, ihrer verehrten Vorkämpferin Klara Zetkin.

Getragen von der Ueberzeugung, daß selbst der grauenvollste aller Kriege, der die entwickeltesten Nationen der Erde zum furchtbarsten Brudermord getrieben hat, nicht vermag, die Gefühle der Völkersolidarität zu ertöten, erwidern die in den Frauenversammlungen vereinigten österreichischen Sozialdemokratinnen die durch die internationale Sekretärin übermittelten Grüße der Sozialistinnen aller Länder. Sie geben dem heißen Wünsche Ausdruck, daß es den vereinigten Bemühungen der sozialdemokratischen Frauen in den kriegsführenden und neutralen Ländern gelingen möge, beizutragen, die Welt auf die Bahn des Friedens zu bringen, um wieder zu gemeinsamer sozialistischer Arbeit für das Wohl der Völker zu gelangen. Mit freudiger Genugtuung haben die österreichischen Genossinnen auch das Schreiben der sozialistischen Frauen Hollands empfangen, das in beredten Worten das Streben der Frauen neutraler Länder, zum Frieden zu gelangen, ausdrückt. Herzlich erwidern die österreichischen Frauen die Grüße der Genossinnen Hollands; mit Freude erfüllt sie auch die Nachricht, daß die sozialistische Frauenliga Englands und die Liga irischer Frauen die englische Regierung aufgefordert haben, das Friedensangebot der Mittelmächte als Anlaß zu Verhandlungen zu nehmen, die zu einem dauernden, ehrenhaften Frieden führen sollen. Die österreichischen Sozialdemokratinnen wollen nichts unterlassen, ihre Regierung aufzufordern, auf dem betretenen Wege fortzufahren und nach dem mißglückten ersten Versuch beharrlich ausdauernd und wahrhaft einen neuen, zum Frieden führenden Weg zu suchen.

Die österreichischen Sozialdemokratinnen bitten die internationale Sekretärin, die Genossinnen aller Länder, der kriegsführenden und der neutralen, zu versichern, daß sie festhalten an den Grundsätzen des internationalen Sozialismus und daß ihre Herzen freigeblieben sind von Völkerverhaß und Feindschaft. Ihr höchstes Sehnen geht dahin, den Krieg auf immerdar durch eine unverbrüchliche, nicht zu erschütternde Vereinigung des Proletariats aller Länder zu überwinden. In diesem Sinne grüßen wir die sozialistische Fraueninternationale, wir grüßen ihre Sekretärin Klara Zetkin und stimmen ein in ihren Ruf: „Hoch der Friedenswille der Völker!“

Aus den Gewerkschaften.

Die Gutmacher haben in ihrer am 31. Jan. abgehaltenen Generalversammlung mit Zweidrittelmajorität beschlossen, den „Vorwärts“ als Publikationsorgan so lange nicht mehr zu benutzen, als der Vorwärtskonflikt nicht in zufriedenstellender Weise seine Erledigung gefunden hat. Eine Resolution, die den Gewerkschaftsvertretern im Reichstage anlässlich der Beratung des Hilfsdienstgesetzes und deren Stellungnahme ihre Mißbilligung ausspricht, wurde zurück-

gestellt; eine in nächster Zeit stattfindende Mitgliederversammlung soll sich besonders mit der Sache beschäftigen. Der „Vorwärts“, der einen Bericht über die Generalversammlung brachte, verschweigt schamig den Beschluß.

Die Eisen- und Revolverdrehler nahmen in einer von zirka 1200 Kollegen besuchten Versammlung Stellung zum Hilfsdienstgesetz. Nach einer an dem Referat des Genossen Dittmann sich anschließenden Diskussion, in der vor allem die Verhältnisse in den Spandauer Staatswerkstätten von Kollegen einer eingehenden Kritik unterzogen wurden, nahm die Versammlung eine Entschliebung mit allen gegen zwei Stimmen an, in der es heißt: Die Berliner Eisen-, Metall- und Revolverdrehler sind mit der Stellungnahme ihrer Vertrauensleute in der Generalversammlung vom 26. November 1916 einverstanden. Sie erblicken in dem Gesetz ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, welches durch keine Schutzbestimmungen seinen Charakter verliert. Die von den Gewerkschaftsvertretern vorgeschlagenen Sicherungen sind vollkommen unzureichend, wie das kurze Bestehen des Gesetzes bereits erwiesen hat. Die Versammlung erklärt, das diejenigen Vertreter der Arbeiter im Reichstage, die dem Gesetz ihre Zustimmung gegeben, oder gar vorher mit der Regierung dieses Gesetz vorbereitet haben, das Vertrauen der Versammelten nicht mehr beanspruchen können. Dagegen spricht die Versammlung den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft für ihre Tätigkeit bei Beratung des Gesetzes und für die Ablehnung desselben ihre Zustimmung und Anerkennung aus. Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Schreiben der Generalkommission an den Reichskanzler und an das Kriegsamt, und erklärt, daß diese Eingabe im schärfsten Widerspruch steht mit der Stellungnahme der Berliner Metallarbeiter vom 26. November 1916 und sie erhebt den schärfsten Protest gegen diese über die Köpfe der Gewerkschaftsmitglieder gemachte Eingabe.

Eine weitere Entschliebung beschäftigt sich mit den Lebensmittelsverhältnissen. Es wird darin die Beseitigung des Lebensmittelswunders und die Einführung des landwirtschaftlichen Produktionszwanges gefordert.

Arbeiterbildungsschule.

Sonntag, den 11. Februar beginnt der vier Abende umfassende theoretische Kursus in der Liebhaber-Photographie. Im 1. Vortrag wird Genosse Paul Zahn behandeln: Kamera und Zubehör: Bauart des Apparates. Mattscheibe. Kassetten. Auszug. Vorderteil. Momentverschluß. Das Objektiv. Stativ und Verbundlungsglied.

Anfang pünktlich 8 Uhr. Eintrittspreis 10 Pf.

Dienstag, den 13. Februar. Fünfter Vortrag im Kursus des Genossen Ernst Däumig. Thema: Das Finanzkapital. — Der Imperialismus.

Sonabend, den 17. Februar, abends 8 Uhr. Fünfter Vortrag des Genossen Eduard Bernstein über „Staats- und Gesellschaftsideale im Laufe der Jahrhunderte“. Zur Behandlung kommt im Besonderen: Die ersten weltlichen Staatsideale der Neuzeit. Der ideologische Uebergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Zusammenhang mit Wirtschafts- und Kultur-

entwicklung. Thomas von Aquino und seine ökonomische Lehre. Die Araber und die Renaissance. Weltliche Gesichtsauffassung: Ibn Chaldun und Machiavelli. England im Zeitalter der Renaissance: Thomas More und die Utopie. Die Utopie als Programm. Ihr Unterschied vom Urchristentum. Die Utopie und die Stadt. Die Utopie und die Arbeitspflicht. Die Utopie und die Ehe. Wahl der Priester durch das Volk. Scheinvorbehalte bei More.

Der Sonabend-Kursus des Genossen Eduard Bernstein beginnt der schlechten Verkehrsverhältnisse halber von jetzt ab bereits um 8 Uhr.

Aus den Organisationen.

2. Wahlkreis (Friedrichstadt), 3. Abteilung. Mittwoch, den 14. Februar **Zahlabend** bei Rathmann, Wilhelmstr. 118.

Zahlungen Donnerstag, den 15. Februar, bei Krüger, Jerusalemstraße 63.

2. Kreis, 8. Abteilung. Mittwoch abends Schönleinstr. 6 bei Ewald Zahlabend.

Brig-Buckow. Mittwoch, den 14. Februar, abends 8½ Uhr **Zahlabend** bei Westphal, Rudower Straße. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder dringend erforderlich.

Treptow-Baumschulenweg. Die Zahlabende finden am Mittwoch, den 14. Februar, für jeden Ortsteil gesondert statt.

Für den Ortsteil Treptow bei Hauser, Gräßstr. 68. Für den Ortsteil Baumschulenweg bei Krause, Kieholzstraße 249. Um regen Besuch ersucht

Der Vorstand.

Lichtenberg. Am Mittwoch, den 14. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Gustav Tempel (Bellevue). Tagesordnung:

Vereinsangelegenheiten. Wahl eines Bezirksleiters und eines Schriftführers. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. — Wir dürfen wohl das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen voraussetzen.

Der Vorstand.

Gleichfalls geben wir unseren Mitgliedern bekannt, daß wir unsere Bibliothek von der Expedition Rosenkranz nach unserem Jugendheim, Doffestr. 2, verlegt haben. Alle ausgeliehenen Bücher bitten wir umgehend an Genossen Stein, Seumestr. 14, III, abzuliefern. Von wann ab wieder Bücherausgabe erfolgt, wird später bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Niederhönoweide. Mittwoch, den 14. Februar, 8 Uhr, bei Bengsch, Briberstr. 17, Vortrag der Gen. Käthe Dunker: Die Reichskonferenz der Partei-Opposition. Keiner darf fehlen!

Der Vorstand.

Die Kreis-Konferenz der Jugend-Ausschüsse Teltow-Beeskows konnte am 5. nicht stattfinden. Sie findet am 18. d. M. statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Kr.-Jugend-Ausschuß.

F. A.: Felix Müller.

Vereins-Veranstaltungen.

Ein Winterkonzert veranstaltete am Sonntag, den 4. Februar die Kinderkommission der Berliner Arbeiterchaft im Stadthaus in der Klosterstraße. Der Auf zu zahlreicher Beteiligung war nicht unerhört verhallt, es waren wohl über 1200 Genossen und Genossinnen, die sich eingesunden hatten und den Darbietungen lauschten. Die Veranstaltung nahm einen harmonischen Verlauf, was nicht zuletzt der dankenswerten und bereitwilligen Mitwirkung des Männer- und Frauenchor vor zu danken war. Der sich in uneigennütiger Weise zur Verfügung gestellt hatte. Die Teilnehmer stützten den Sängern und Sängerinnen ihren Dank durch lebhaften Beifall ab.

Friedrichshagen-Cöpenick. Einen Heimatsabend veranstaltet die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Arbeiter-Wanderbundes „Die Naturfreunde“ am Sonntag, den 11. Februar, abends 5 Uhr im Lindengarten zu Friedrichshagen. Das Programm bringt Konzert, Rezitation und Vortrag. Karten kosten nur 20 Pf.

Die Jugendweihc in Neukölln, die der sozialdemokratische Wahlverein halbjährlich veranstaltet, findet diesmal am Sonntag, den 25. März, in den Passage-Festsälen statt. Anmeldungen von Knaben und Mädchen, die vor der Schulentlassung stehen, nimmt das Sekretariat des Wahlvereins, Redarstr. 3 (Laden), entgegen.

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 24. Januar verstarb unser Genosse, der Möbelpolierer

Gustav Krause
Bezirk 381.

Am 4. Februar verstarb unser Genosse, Zigarrenarbeiter

Bernhard Trümpe

Frankfurter Allee 106, Bezirk 339.

6. Wahlkreis.

Am Sonntag, den 28. Januar, verstarb unser Genosse, der Schneider

Ernst Winkel

Weißburgerstr. 37, 4. Abt., Bzt. 518.

Wahlverein Neukölln.

Am 31. Januar verstarb unser Mitglied, die Genossin

Minna Druwe

Reuterstr. 32, 2. Bezirk.

Wahlverein Eichwalde.

Am 2. Februar 1917 erlag unser Genosse, der Armierungssoldat

Emil Witte,

29 Jahre alt, im Reservelazarett einer Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Buchdruckerei Maurer & Dimmick

SO 16, Köpenicker Strasse 36, 38.

Anfertigung von:

Zeitschriften — Statuten — Quittungsmarken — Billets —

Mitgliedsbüchern — Programmen

sowie sämtlichen Drucksachen.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsjahauplag gefallenen Genossen!

6. Wahlkreis.

Am 4. Januar fiel im Alter von 41 Jahren der Kohlenhändler

Rudolf Palm

Mirbachstr. 35, Bezirk 369, Teil 1.

Wahlverein Neukölln.

Im Dezember 1916 fiel als Opfer des Weltkrieges unser Genosse, der Kellner

Paul Rappolt

Donaustr. 108, 7. Bezirk.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Lichtenberg.

Als Opfer des Weltkrieges beklagen wir den Verlust der Genossen, des 30-jährigen Rohrlegers

Walter Wandrey

Niederbarnimstr. 4, 1. Viertel, 1. Gruppe,
und des Friseurs

Otto Schneider

Gabriel Magstr. 2, 1. Viertel, 9. Gruppe.

Ehre ihrem Andenken!

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umg.

Sonntag, den 11. Februar 1917, vormittags 9 Uhr, im Saale von Obligo, Koppenstraße:

General-Versammlung des Verbandes.

Tagesordnung: 1. Wie steht's um die Partei? Referent: Genosse Hugo Haase. 2. Diskussion.
Die Delegierten legitimieren sich durch ihre Teilnehmerkarten. Der geschäftsführende Ausschuss.
J. A.: A. Hoffmann.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 13. Februar 1917, abends 8 Uhr, in den „Pharusälen“, Müllerstraße:

← Versammlung. →

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Landtags-Erstagwahl im 11. Landtagswahlbezirk. Referent: Landtagsabgeordneter **Ad. Hoffmann.** 2. Aufstellung eines Kandidaten.

Die Genossen, vor allem die aus dem Landtagswahlbezirk, sind besonders eingeladen.

Der Vorstand.